

## **DEZA finanziert dubiosen Deal mit RUAG**

2006 erfuhren wir von einem Entminungs-Vertrag, den die angolische Regierung angeblich mit dem Schweizer Rüstungskonzern RUAG abgeschlossen hatte. Weiter hiess es, die angolische Regierung hege die Absicht, diesen Deal mit einem Teil der 21 Millionen US-Dollar zu finanzieren, die noch immer bei der Schweizerischen Nationalbank blockiert sind (inkl. Zinsen über 24 Millionen US-Dollar) und ihm Rahmen eines 2005 unterzeichneten Abkommens zwischen der Schweiz und Angola zurückgeführt werden sollen.

Im Oktober 2006 haben die Aktion Finanzplatz Schweiz und die Erklärung von Bern den damaligen Leiter der Sektion Afrika im Bereich Humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in einem Brief ersucht, von einer möglichen Zusammenarbeit mit dem Schweizer Rüstungskonzern RUAG im Rahmen der Rückführung der blockierten Vermögenswerte nach Angola Abstand zu nehmen. Der Brief wurde bis heute nicht beantwortet.

Umso überraschter waren wir, als wir kürzlich im Westschweizer Magazin HEBDO lasen, dass die DEZA bereit ist, rund 10 Millionen US-Dollar für die Entminung einzusetzen und ein Grossteil dieses Geld an die RUAG gehen soll. Die Aktion Finanzplatz Schweiz, die Erklärung von Bern und Global Witness haben gegen diesen unsauberen Deal protestiert und erneut eine öffentliche Projektausschreibung und den Einbezug der angolischen Zivilgesellschaft in den Rückführungsprozess gefordert.

Die Umstände, unter denen der Vertrag zwischen Angola und RUAG zustande gekommen ist, bleiben intransparent und dubios. Zudem ist es moralisch fragwürdig, ein Unternehmen wie die RUAG, das Waffen und international geächtete Streubomben herstellt, mit einem humanitären Projekt zu betrauen, es sei denn das Unternehmen plant den sukzessiven Ausstieg aus dem Waffengeschäft. Zudem stellt die RUAG die Entminungsgeräte nicht selber her, sondern sie erwirbt sie von anderen Firmen, um sie dann gegen Kommission weiterzuverkaufen.

Die DEZA hat sich gegenüber den NGO in den vergangenen Monaten recht zugeknöpft gezeigt. Dies deutet darauf hin, dass es der DEZA und dem Bundesrat vor allem darum ging, die blockierten Gelder endlich loszuwerden und den Fall ohne viel Aufhebens abzuschliessen. Wie der Journalist von HEBDO wohl zurecht vermutet, will es sich die

Schweiz nicht mit dem erdölreichen Angola verderben, zumal mit diesem Land ein Investitionsförderabkommen in Aussicht ist.

André Rothenbühler